Der Bürgermeister verlas eine Mitteilung betreffend des JobTickets:

Bereits lange vor meiner Zeit haben sich viele Personen im Stadtrat und in der Stadtverwaltung für das Jobticket eingesetzt. Ich habe diesen Ball gerne und aus Überzeugung nach meinem Amtsantritt gemeinsam mit unserer AG Mobilität aufgegriffen. Dort stoßen wir die unterschiedlichen Maßnahmen des betrieblichen Mobilitätsmanagements wie z.B. auch das Fahrrad-Leasing an. Das Jobticket stand in der AG Mobilität seit über einem Jahr klar im Fokus. Wir haben letztes Jahr eine erneute Umfrage bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchgeführt. Dadurch wurde insbesondere deutlich, dass die erfolgreiche Einführung des Jobtickets nur mit einem sehr niedrigen Preis möglich sein würde. Im Namen meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter danke ich dem Stadtrat, dass hier im letzten Jahr im Mobilitätsausschuss über das Jobticket Einigkeit bestand, aber dass auch im Rahmen des Haushaltes einstimmig die Mittel für das Jobticket bereitgestellt werden konnten. Ab Anfang Mai startet nun also das Jobticket. Mein letzter Stand ist, dass 201 Personen sich für das Jobticket entschieden haben. Das Jobticket ist ein entscheidender Beitrag zur Nachhaltigkeit und zur Verkehrswende - gleichzeitig steigert es auch die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin. In Zeiten der Klimakrise und des Fachkräftemangels kann ich diese Aspekte gar nicht genug betonen.

Weiterhin wies der Bürgermeister darauf hin, dass in der aktuellen Situation die Corona-Krise, in der man sich nach wie vor befände, aufgrund der Krise in der Ukraine nicht vergessen werden dürfe. Die Inzidenz sei in Sankt Augustin sei derzeit sehr hoch. Die offiziellen Fallzahlen seien sehr hoch. Die Dunkelziffer liege sogar noch darüber. In bestimmten Organisationseinheiten der Verwaltung habe sich dies in den vergangenen Woche immer wieder niedergeschlagen, sodass teilweise ganze Fachdienste ausgefallen seien.

Herr Doğan teilte im Hinblick auf den Steuerlichen Querverbund mit, dass zu diesem Zeitpunkt noch eine rechtliche Prüfung unter Beteiligung des Geschäftsführers der Wasserversorgungsgesellschaft und einer Rechtsanwaltskanzlei im Gange sei. Da die Ergebnisse der umfassenden rechtlichen Prüfung der Kanzlei erst zu einem relativ späten Zeitpunkt an die Mitglieder des Rates weitergeleitet werden könnten, werde die nächste Sitzung des Finanzausschusses nicht im März, sondern erst am 26. April stattfinden. Dies sei mit dem Ausschussvorsitzenden so abgestimmt worden.